

# Blauer Fritz

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION  
IM LANDTAG BRANDENBURG

## ALTE PROBLEME – NEUE SCHULDEN



DIE LANDESREGIERUNG  
VERWALTET DEN NIEDERGANG  
AUF KOSTEN DER ZUKUNFT

Es ist zur schlechten Angewohnheit geworden: Die SPD-geführte Landesregierung legt zum dritten Mal in Folge den Entwurf eines Doppelhaushalts vor. Das hat für die Regierungskoalition von SPD und CDU einen entscheidenden Vorteil: Die lästige Haushaltsdebatte findet nur alle zwei Jahre statt. Damit lässt sich vor den Brandenburger Bürgern leichter verschleiern, wie schlecht es um die Finanzlage des Landes bestellt ist: Obwohl die Einnahmen Brandenburgs (Steuern, Bundesmittel, EU-Fördergelder) leicht steigen, erfordern die explodierenden Personalausgaben und Migrationskosten eine erneute Schuldenorgie, um einen halbwegs ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können.

Mehr als 18 Milliarden Euro sollen jedes Jahr ausgegeben werden, von denen lediglich jeweils 13 Milliarden durch Einnahmen gedeckt sind. Um die Lücke zu schließen, werden Schulden gemacht, Rücklagen der Ministerien aufgelöst, der Pensionsfonds wird geplündert und bei den Investitionen gekürzt. Die Hälfte der Schulden steckt die Landesregierung in die Investitionsbank des Landes (um sie nicht Schulden nennen zu müssen).

Das bedeutet für die Zukunft eine steigende Zinslast für die wachsenden Schulden, höhere Ausgaben für die Altersversorgung der Landesbeamten und einen ungebremsst fortschreitenden Verfall der Infrastruktur. An ihrem Lieblingsprojekt, der »Klimaneutralität«, hält die Landesregierung dagegen eisern fest, allen Folgen der Deindustrialisierung zum Trotz, die das Land Brandenburg bereits jetzt Tausende von Industriearbeitsplätzen gekostet hat. Kurz: Künftige Generationen werden durch die Landesregierung belastet, um sich jetzt etwas Luft zu verschaffen. ■



Ein EU-Schild,  
der die Manipulation  
schützt

Seite 4



Nicht leichtfertig  
auf Erfahrung  
verzichten

Seite 13



Keine Angst  
vor der  
Stadtpolizei

Seite 14

# GEORDNETE STAATSFINANZEN

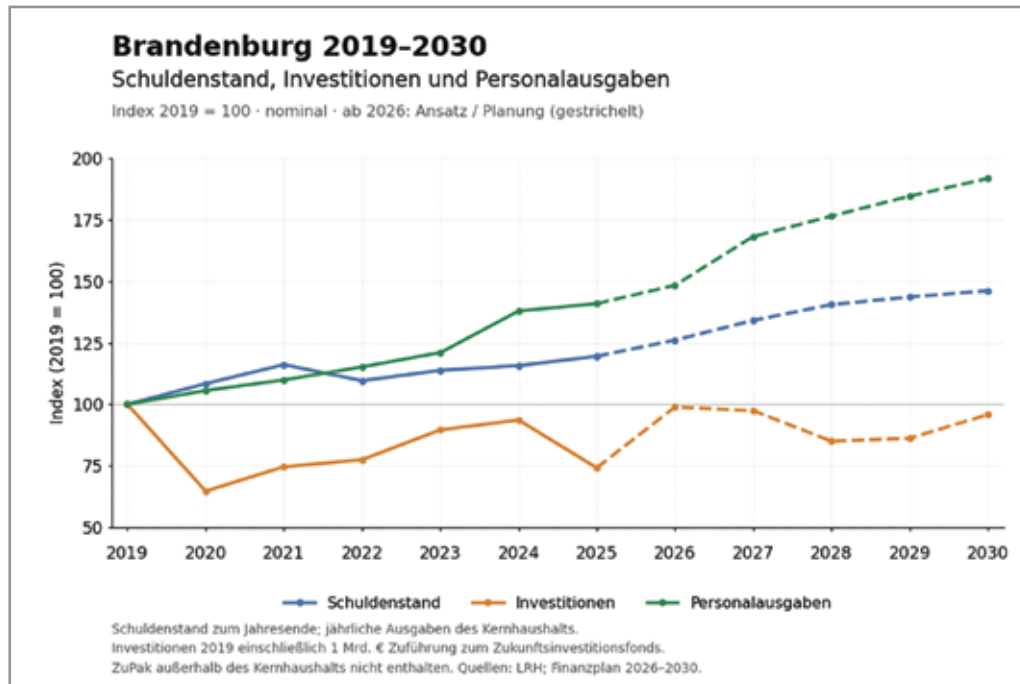
sind unsere Pflicht gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern

Liebe Brandenburger,

unser Land hat von allen östlichen Bundesländern die besten wirtschaftlichen Voraussetzungen. Es profitiert von der Nähe zu Berlin und dem zunehmend abstoßenden Stadtbild Berlins wirtschaftlich und durch beträchtlichen Zuzug. Brandenburg hat als einziges Bundesland im Osten keinen Bevölkerungsrückgang und mit 6858 Euro im Jahr 2025 die höch-

ste Land Brandenburg von 2019 bis 2030 entwickelt haben und entsprechend dem Doppelhaushalt 2027/2028 entwickeln werden: stagnierende Investitionen, stark steigende Ausgaben für Schulden und Zinsen und noch stärker steigende Personalausgaben.

Das ist eine Haushaltspolitik zulasten kommender Generationen und kommen-



sten Steuereinnahmen pro Kopf. Aber mit Ausgaben von 7199 Euro pro Kopf gab Brandenburg zugleich weit mehr aus, als es einnahm. Brandenburg lebt über seine Verhältnisse und das seit Jahren.

Besserung ist nicht in Sicht. Das veranschaulicht eine Grafik, die zeigt, wie sich die Investitionen, die Schulden- und Zinsbelastung sowie die Personalausgaben im

der AfD-Regierungen. Auch die jetzige Regierung Woidke hat nicht die Kraft und den Willen, den Landeshaushalt in Ordnung zu bringen.

## Was wäre zu tun?

1. Den wirtschaftlichen Abstieg stoppen: Keine neuen Windräder! Stopp der Energie-

wende und radikaler Bürokratieabbau! Je besser die Wirtschaft funktioniert, desto eher kann der Haushalt konsolidiert werden.

2. Die Ausgaben für Migration drastisch senken. Allein durch die Rückführung der 7800 »vollziehbar ausreisepflichtigen« (= illegalen) Ausländer können jährlich über 100 Millionen Euro gespart werden.



3. Kein Steuergeld für die Asylindustrie und für staatlich geförderte Bevormundungsprojekte wie das »Tolerante Brandenburg« oder die »Demokratiebildung« an Schulen. Auch hier können zweistellige Millionenbeträge gespart werden.

4. Personalabbau und Moratorium von Verbeamtungen: Das Land Brandenburg hat über 50 000 Landesbedienstete. Im Doppelhaushalt 2027/2028 sollen 400 Stellen wegfallen – weniger als ein Prozent aller Stellen. Das fängt nicht einmal die steigenden Bezüge auf.

5. Investitionsmittel nur für Investitionen: Mit dem »Zukunftspaket Brandenburg« werden Bäder saniert und Gefängnisküchen renoviert. Wer Investitionsmittel für den Konsum ausgibt, verspielt die Zukunft des Landes.

Dietmar Woidke wird jeder künftigen AfD-Regierung ein schweres Erbe hinterlassen. Die Rückkehr zu geordneten Staatsfinanzen wird Zeit und Mühe kosten. Aber die AfD-Fraktion wird den Landeshaushalt in Ordnung bringen, denn es ist unverantwortlich, unseren Kindern und Kindeskindern immer weitere Lasten aufzubürden.

Ihr Dr. Hans-Christoph Berndt,  
Vorsitzender der AfD-Fraktion  
im Landtag Brandenburg

# MIGRANTENKRIMINALITÄT: STATISTIK MUSS ENDLICH DIE REALITÄT ABBILDEN



© picture alliance/dpa | Hannes P. Albert

Natürlich ist es notwendig, dass die Kriminalität so genau wie möglich statistisch erfasst wird. Und wer könnte schon im Ernst etwas dagegen haben, dass nicht nur die angezeigte Kriminalität korrekt in die Statistik Eingang findet, sondern dass diese auf den Tag genau als Eingangsstatistik geführt wird und alle Delikte abdeckt. Zusätzlich sollte auch alles dafür getan werden, das Anzeigever-

fahren. Eine aussagekräftige Statistik – wir nennen sie Sicherheitsbericht – würde alle Delikte als Eingangsstatistik zusammenführen. Sie ermöglicht eine ausführliche Darstellung zu sämtlichen Umständen und auch zum Ausgang der Ermittlungs- und Strafverfahren.

Die Regierungsfractionen von SPD und CDU haben einen Antrag eingebracht, wonach das sogenannte Dunkelfeld, das heißt die nicht angezeigten Straftaten, erforscht werden soll. Das ist zwar ein richtiger Ansatz, doch bedarf es zusätzlich einer tiefgreifenden Reform der bisher nicht aussagekräftigen Statistiken. In bekannter Weise kratzt dieser Antrag der Landesregierung nur an der Oberfläche, anstatt den Kern nahezu aller Probleme in Deutschland anzugehen. Damit ist er so gut wie wertlos.

Die heutige Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ist nur eine sogenannte Eingangsstatistik. Die Statistik zur politischen Kriminalität ist dagegen eine Eingangsstatistik. Warum man es ausgerechnet bei den politischen Straftaten ganz genau nimmt, bei der Migrantengewalt beispielsweise aber nicht, habe ich an anderer Stelle mehrfach offengelegt.

Ein wahrheitsgemäßes Lagebild entsteht erst dann, wenn wir alle verfügbaren Daten zusammenführen: Polizeidaten, Justizdaten, Strafrechtspflegestatistiken, weitere amtliche Daten, wissenschaftliche Erkenntnisse und selbstverständlich auch gezielte Dunkelfeldanalysen. Genau

das fordert unser Entschließungsantrag (Drucksache 8/2937): Wir wollen einen jährlichen Sicherheitsbericht für Brandenburg. Die Bürger sollen sich vollumfänglich darüber informieren können, was in Brandenburg passiert. Das wäre übrigens auch eine Information darüber, welchen Anteil die Regierenden daran haben. Die AfD-Fraktion möchte erreichen, dass die Bürger über Verfahrenseinstellungen, Anklageerhebungen, Verurteilungen und Freisprüche genauestens informiert werden. Im Gegensatz zur Landesregierung bestehen wir auf Transparenz und zwar besonders bei den Tätern.

Hier sind wir an einem entscheidenden Punkt: Die bisherige Unterscheidung zwischen deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen reicht für eine sachgerechte kriminalpolitische Analyse einfach nicht aus.

Mehrfachstaatsangehörigkeiten müssen sichtbar gemacht werden. Ebenso muss bei Tatverdächtigen und Opfern der Migrationshintergrund ausgewiesen werden. Dass das nicht jetzt schon geschieht, ist skandalös. Die Landesregierung will weiterhin die Täterherkunft verschleiern. Mehrstaatenangehörige Tatverdächtige werden als solche nicht erfasst, weil den Altparteien das Ergebnis nicht gefällt. Die derzeitige Koalition aus SPD und CDU bleibt bei den bestehenden statistischen Unklarheiten. Wir wollen die Statistik reformieren und in der Konsequenz die Kriminalität tatsächlich bekämpfen. ■

Lena Kotré

Innen- und remigrations-  
politische Sprecherin

halten der Opfer zu fördern. Gegenwärtig wird eine Vielzahl von Delikten nicht angezeigt, da viele Bürger davon ausgehen, dass sowieso kein Täter ermittelt wird.

Angesichts der bisherigen Ausgestaltung der veröffentlichten Kriminalitätsstatistiken muss man den Eindruck gewinnen, dass die Landesregierung etwas dagegen hat, die Dinge ungeschminkt darzulegen. Darin unterscheidet sie sich von uns und der Mehrzahl der Brandenburger. Die würden sehr gern mehr über die Täter und den Charakter der Straftaten



© asten305, adobe stock, BF-Montage (KI-generiert)

Stellen Sie sich vor, liebe Leser, Sie wachen eines Morgens auf und es gibt niemanden mehr, der Ihnen sagt, dass die Nachrichten, die Sie gestern gelesen haben, von Ihrer Regierung gezielt manipuliert wurden. Das ist keine Fantasie, wenn man sich allein die Berichterstattung der letzten Zeit zu Morden und Gewalttaten in Großbritannien und Irland, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und das gezielte Framing in unseren sogenannten Qualitätsmedien anschaut. ARD und ZDF waren ganz vorne mit dabei.

Beim Abbau der freien Meinungsäußerung und freien Berichterstattung will die EU-Kommission nun einen Schritt weitergehen und zum großen Schlag ausholen. Dabei geht es nicht mehr allein um die wirtschaftliche Vernichtung unliebsamer Journalisten. Jetzt geht es gegen die Meinungsfreiheit an sich. Ich meine den sogenannten European Democracy Shield, kurz: EDS. Dieser EU-Demokratieschild ist eine Initiative der Europäischen Kommission, die am 12. November 2025 vorgestellt wurde. Sie soll – vorgeblich – die Demokratien in der EU vor Bedrohungen wie ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, Desinformation, hybriden Angriffen und technologischen Manipulationen schützen. Wie so oft, handelt es sich bei diesem EU-Vorhaben jedoch um eine Mogelpackung.

Denn hinter der großen Wolke aus dem üblichen Politgeschwafel – »demokratische Resilienz«, »Integrität des Informationsraums«, »Stärkung unserer Institutionen«,

»freie und unabhängige Medien«, »Stärkung der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit und des Engagements der Bürger« – steckt in Wirklichkeit ein milliardenschweres Programm, um in Orwell-scher Manier genau diese Manipulation der Massen selbst durchzuführen.

Und es gibt einschlägige Vorläufer auf Landesebene. Die AfD-Landtagsfraktion kritisiert seit Jahren das sogenannte »Tolerantes Brandenburg«-Projekt, das sein Indoktrinationswerk mit Millionenbeträgen zugunsten eines einseitig linken Weltbildes an Schulen und im medialen Raum betreibt – mit unseren Steuergeldern. Und nun legt Brüssel nach. Man müsse die Maßnahmen auf die nächste Ebene heben, die bestehenden nationalen Agenturen miteinander vernetzen und koordinieren, verlangt die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Dazu wolle man die Mittel in der nächsten Förderperiode 2028 bis 2034 für einschlägige Manipulationsprogramme nahezu versechsfachen. Fast 8,6 Milliarden Euro sollen dafür veranschlagt werden. Es gibt sogar Forderungen aus dem EU-Parlament nach neun oder zehn Milliarden. Von all dem erfährt man in der Öffentlichkeit natürlich so gut wie nichts. Warum sollten die Manipulatoren die Manipulierten auch darüber informieren, dass sie manipuliert werden? Genau hier setzt meine Kritik an.

Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag (Drucksache 8/2892) die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen – auch im Bundesrat – diesem angeblichen



**Andreas Galau**

Stellv. Fraktionsvorsitzender,  
Finanzpolitischer  
Sprecher

Demokratieschild zu widersetzen. Die Mehrheit im Potsdamer Parlament weigerte sich aber, dem zuzustimmen.

Das ist kein Wunder. Der Antrag der AfD-Fraktion richtete sich gegen Programme, welche die Propaganda der EU für ihr falsches Verständnis von Demokratie unterstützen, gegen ein Demokratieverständnis, das die Freiheitsrechte des Einzelnen aushebelt und die Souveränität der Nationen untergräbt. Milliarden Euro für einen sogenannten Demokratieschild gegen die eigenen Bürger? Milliarden für regierungsnahe angebliche Nichtregierungsorganisationen? Milliarden Euro für sogenannte Faktenchecker, die noch nie frei von Verwirrung, Voreingenommenheit und Willkür waren? Und die oft versuchen, Aussagen zu überprüfen, die keine Fakten sind und deren Wahrheitsgehalt nicht verifiziert werden kann? – Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Die AfD-Landtagsfraktion gibt hiermit das Versprechen: Wir lassen nicht nach. Auf Dauer wird dieser antidemokratische Kurs an unserem Widerstand scheitern. ■

# WENN „DEMOKRATEN“ DIE DEMOKRATIE BESCHÄDIGEN

© picture alliance / PIC ONE | Ben Kriemann

Liebe Leser, stellen Sie sich vor, die AfD hätte bei einer Wahlkampfveranstaltung mal eben eine Gefängniszelle aufgestellt. Und sie hätte darin Bärbel Bas, Lars Klingbeil und Friedrich Merz symbolisch und für alle Besucher sichtbar dort eingesperrt. Was hätte es landauf, landab für ein Geschrei gegeben. Ich darf Sie beruhigen. Selbstverständlich stellen wir nicht Politiker anderer Parteien in Gefängniszellen dar, weil sich so etwas einfach nicht gehört. Aber ich kann Ihnen sagen, wer das macht und wer so etwas richtig toll findet: der SPD-Landtagsabgeordnete Udo Wernitz. Er hat das nämlich als Schirmherr eines »Demokratiefestes« zu

verantworten – in Kloster Lehnin, an einer Schule, wo der sogenannte »Adenauer SRP+«-Bus des Zentrums für Politische Schönheit vorfuhr. Und dort war die AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alice Weidel, im Knast zu sehen, dort wurde sinnfällig, dass Alice Weidel in den Knast gehöre. Das wird an unseren Schulen gezeigt!

Ja, so ist das heute in Brandenburg: Kriminalisierung, Verhaftungsfantasien, Indoktrination und das Aufhetzen von Schülern, genehmigt von Schulleitern, Schulämtern und einem Bürgermeister – das soll »gelebte Vielfalt« sein. Das stellen sich Altparteien unter Demokratie vor.

Bürgermeister Brückner sagte, Demokratie funktioniere nur mit »Widerspruch ohne Hass«, und er betonte den »Schutz der Grundrechte«. Das, was in Lehnin geschah, war aber das Gegenteil davon, das war geschmacklose, unverhohlen gegen die AfD gerichtete Hetze. Wer fände es denn gut, wenn eine AfD-Regierung es genehmigen würde, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag Brandenburg, Steeven Bretz, oder gar der gegenwärtige Ministerpräsident Dietmar Woidke vor Schülern in einer Gefängniszelle dargestellt wird, um zu erklären: »Diese Leute sind Feinde der Demokratie, ihre Parteien müssen verboten werden«?

Es handelte sich hierbei eindeutig um einen Verstoß gegen das Schulgesetz, das zu Offenheit, Toleranz und politischer Neutralität verpflichtet. Die Kriminalisierung einer demokratisch gewählten und in den

meisten Parlamenten vertretenen Partei auf dem Schulhof verletzt das Neutralitätsgebot und den Beutelsbacher Konsens, wonach die politische Bildung an Schulen die Schüler zu eigenständigen Urteilen befähigen muss. Denn das ist wohl kaum möglich, wenn ein Kind bzw. ein Jugendlicher in einer solchen Situation überwältigt wird. Mehr Einseitigkeit an einer Schule geht nicht.

In unserem Antrag (Drucksache 8/2942) wenden wir uns gegen dergleichen Machenschaften. Unsere Forderungen sind klar: Erstens, wir wollen, dass die öffentlichen Schulen im Land Brandenburg unverzüglich angewiesen werden, das Projekt »Adenauer SRP+« vom sogenannten Zentrum für Politische Schönheit weder als schulische Veranstaltung noch im Rahmen von Unterricht, Projekttagen, Projektwochen oder sonstigen schulischen Formaten in Anspruch zu nehmen.

Zweitens fordern wir die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass Schulge-



länder nicht für politische Aktionen genutzt werden, bei denen einzelne Parteien oder deren Vertreter durch Gefängnisdarstellungen, Verhaftungsinszenierungen oder vergleichbare Formen symbolischer Kriminalisierung öffentlich denunziert werden. Das gilt für jede Partei, nicht nur für die AfD. Drittens fordern wir die Landesregierung auf, gegenüber den staatlichen Schulämtern und Schulleitungen klarzustellen, dass Angebote externer politischer Akteure nur dann in schulische Veranstaltungen eingebunden werden dürfen, wenn das Verbot politischer Werbung gemäß Schulgesetz gewahrt bleibt. Die Ablehnung unseres Antrags durch die selbst ernannten Super- und Musterdemokraten im Potsdamer Parlament folgte auf dem Fuße. Lange werden sie nicht mehr imstande sein, die Demokratie in Brandenburg zu beschädigen. ■

**Infomaterial der  
AfD-Fraktion unter**

[afd-fraktion-brandenburg.de/flyer](https://afd-fraktion-brandenburg.de/flyer)



© LiameM, adobe stock

In Brandenburg wächst das Wohnungsproblem. Neue Wohnungen werden dringend gebraucht, aber sie werden nicht gebaut. Noch in den Corona-Jahren und bis 2024 hinein lagen wir bei rund 10000 fertiggestellten Wohnungen pro Jahr. Und 2025, also im vergangenen Jahr? Nur noch rund 7400 Wohnungen wurden übergeben, das ist ein Einbruch um 25 Prozent.

Im Jahr 2024 erklärte das zuständige Ministerium auf meine Kleine Anfrage (Drucksache 8/1444) sinngemäß, im weiteren Metropolraum stehe ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensgruppen zur Verfügung. Ja, das klingt beruhigend. Leider hilft das den Bürgern nicht, die keine Wohnung finden. Denn wenn es in den Weiten Brandenburgs freie Wohnungen gibt, nützt es denen innerhalb des Metropolraums nichts. Vor allem dort aber werden Wohnungen gesucht.

Die Wohnungsnot ist nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Sie war absehbar. Sie war bekannt und wird seit Jahren diskutiert. Aber politisch wurde sie gleichzeitig schöneredet oder mit den falschen Mitteln bekämpft.

Die Landesregierung legte nun eine Änderung der Bauordnung vor und tut so, als sei damit der große Durchbruch beim Wohnungsbau erreicht. Ja, natürlich kann man eine Bauordnung vereinfachen, natürlich kann man Verfahren verbessern und natürlich kann man auch Fristen verkürzen. Aber wer ernsthaft glaubt, das würde die Wohnungsbaukrise lösen,

verwechselt die Ursache mit dem Symptom.

Wie konnte das Problem entstehen? Der Druck auf den brandenburgischen Wohnungsmarkt ist durch den Zuzug aus Berlin, durch die seit 2015 politisch zugelassene ungesteuerte Massenzuwanderung und durch den zusätzlichen starken Zuzug aus der Ukraine seit 2022 gewachsen. Gleichzeitig machen der Baubranche steigende Kosten, höhere Zinsen, gestiegene Materialpreise, fehlende Arbeitskräfte und immer neue staatliche Vorgaben massiv zu schaffen. Mehr Menschen suchen Wohnungen, aber weniger Wohnungen werden gebaut. Und es geschieht, was geschehen muss: Die Preise steigen, die Mieten steigen, der Wettbewerb um Wohnraum wird härter.

Die Regierenden haben ihren Beitrag zu dieser Misere geleistet: Anforderungen wurden verschärft, Bürokratie bindet Zeit und Geld. Ein erheblicher Teil der Preistreiberei ist politisch gemacht: EU-Emissionshandel, nationaler CO<sub>2</sub>-Preis auf Erdgas, Stromsteuer, Netzentgelte, Energiesteuer, Lkw-Maut, Mehrwertsteuer auf Bauprodukte, Dämmvorgaben, Gebäudeenergiegesetz – immer neue Auflagen kamen hinzu, immer neue Nachweise waren zu erbringen. Erst verteuert man Energie, dann verteuert man die Produktion, dann verteuert man den Transport. Wer Energie verteuert, verteuert Zement, Stahl, Glas, Dämmstoffe, Ziegel, Beton und Holzverarbeitung. Wer Baumaterialien verteuert, verteuert Neubau und Sanierung. Wer

Neubau und Sanierung verteuert, verteuert Mieten und Eigentum. Das ist der rot-schwarz-grüne Kostenstaat in reinsten Form. Der Bau eines Hauses kostet heute knapp doppelt so viel Geld wie vor 15 Jahren. Neubaupreise von rund 8000 Euro pro Quadratmeter und mehr sind inzwischen die Norm. Die Rechnung zahlen die Bürger, Familien, Handwerker, Mittelständler, Mieter und Häuslebauer.



Und als wäre das alles noch nicht schlimm genug, will die Landesregierung das Abstandsgebot zwischen Wohnanlagen und Windrädern im Außenbereich weiter verschlechtern. Es soll möglich sein, ein Windrad mit einer Höhe von 250 Metern in einer Entfernung von 50 Metern zum Gartenzaun zu errichten. Die AfD-Fraktion erteilt solchen Plänen eine Absage und fordert, die Abstandsflächen zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden im Außenbereich um mindestens das Zwanzigfache zu vergrößern. (Drucksache 8/2939) ■

**W**arum soll man nicht auch etwas Positives vermelden? Die Arbeitsatmosphäre in der Landtags-Enquete-kommission 8/1 zur Aufklärung der Corona-Politik hebt sich wohltuend ab von dem Ton in diversen vorangegangenen Untersuchungsausschüssen zu dieser Thematik. Damals schienen die Vertreter der Altparteien weniger Interesse an echter Aufklärung zu haben als vielmehr daran, die Opposition ausbremsen zu wollen. Es war für mich daher eine angenehme Überraschung, erleben zu können, wie fair und kooperativ der Umgang miteinander in dieser Kommission ist. Wir haben ein breites Spektrum an Sachverhaltsbeschreibungen und Meinungen erlebt. Auch kritische Stimmen zum staatlichen Krisenmanagement wurden zumindest angehört. Die Forderung der AfD-Fraktion, die Empfehlung der mRNA-Impfung zurückzunehmen, wurde wenige Tage später von der Ständigen Impfkommision (STIKO), bezogen auf Schwangere und Menschen unter 75 Jahren, umgesetzt. Ein großer Erfolg!

All das aber darf uns aber nicht dazu verführen, unsere Zielstellung der restlosen, ungeschminkten Aufklärung aufzugeben. Und der SPD-Fraktionsvorsitzende Lüttmann hat eben nicht recht mit seiner Kritik an der Videoberichterstattung der



© Yura Yarema, adobe stock

entgegengenommen, zu denen sich die Kommission als Ganzes noch keine abschließende Meinung gebildet hat. Was ganz normal ist.

Derzeit wird die Halbzeitbilanz der Kommissionstätigkeit gezogen – und von einem echten Nutzen sind wir noch weit entfernt. Was aber ist jetzt schon über das staatliche Handeln in der Corona-Zeit zu sagen? Zunächst: Alle Behörden und Behördenmitarbeiter in Brandenburg haben sich bei ihrem Handeln auf Dritte berufen. Eine eigene substanzielle Einschätzung und eine Prüfung der Lage haben niemals stattgefunden. Man hat sich auf den Bund, auf das RKI, auf Ministerpräsidentenkonferenzen blind verlassen und das Vorgegebene willfährig exekutiert. Das war verhängnisvoll.

Denn die Folgen waren dramatisch. Die Bürger wurden in der Corona-Krise unangemessen behandelt, sie wurden bevormundet und gegängelt. Der Staat hat ein milliardenstarkes Propaganda- und Manipulationsprogramm finanziert, um blinde Gefolgschaft herzustellen – das verstößt

gegen die Selbstbestimmung und die Menschenwürde. All jene, die sich nicht haben manipulieren und geistig steuern lassen, wurden verleumdet und diskriminiert.

Deshalb müssen wir nachzeichnen, was genau passiert ist und wie es dazu kommen konnte. Ansonsten werden wir Fehlentwicklungen und Fehlreaktionen in der Zukunft kaum verhindern können. Wenn es möglich ist, der Bevölkerung in einer Gesundheitskrise den Kopf zu verdrehen, was droht dann erst in einer anderen zivilen oder militärischen Krise? Daher muss es unsere Aufgabe sein, Manipulationsversuche zu enttarnen und der Wahrheit wieder Raum zu geben.

Wichtig ist nun, gegensätzliche Auffassungen nicht einfach nebeneinander auftauchen zu lassen. Vielmehr gilt es, ein klares Resümee zu ziehen. Denn im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen die Gesundheit und das Leben unserer Mitbürger, ferner Freiheit und Gerechtigkeit in unserem Land, und nicht zuletzt auch die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz unserer staatlichen Ordnung. ■

#### Lars Hünich

Sprecher Ernährungswirtschaft,  
Obmann in der EK 8/1



AfD-Fraktion von der Fachanhörung. Wir haben nicht einen einzigen Sachverständigen filmisch zurechtgeschnitten, um unsere Ansichten in ein besseres Licht zu rücken. Wir beschränkten uns darauf, die vollständigen Aussagen der Fachleute ins Netz zu stellen.

Im Verlauf der Kommissionsarbeit redeten wie unter anderem darüber, wie man Kinder, vor allem Schulkinder, in dieser Krise behandelt hatte. Wir haben auch eine Reihe von sehr ernststen fachlichen (und medizinischen) Hinweisen



## JETZT RUNDBRIEF ABONNIEREN!





© KI-Inhalt, adobe stock

Die Koalition legte im Landtag einen auf den Aktivitäten des Sonderausschusses Bürokratieabbau fußenden Antrag vor. Zur Begründung schreibt sie: »Zu viele Anforderungen belasten sowohl die Brandenburger Wirtschaft als auch die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag«.

Das ist natürlich richtig. Nur: Wer hat denn diese Anforderungen in all den Jahren für Menschen und Wirtschaft erst festgelegt? Diese Belastungen und viele sinnlose Vorschriften resultieren aus der jahrzehntelangen Bevormundung der Bürger durch die Fraktionen der Altparteien von Linken bis CDU. Sie gründen auf einem Misstrauen gegenüber dem Bürger, das nicht zu rechtfertigen ist. Was in anderen entwickelten Gesellschaften in den Fundamenten der Übereinkunft, der Tradition und des Vertrauens verankert ist, wird in Deutschland zwanghaft reguliert – ständig und immer. Das ist die historische und deutsche Dimension des Problems, der sich die Regierungskoalition nicht stellt.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und CDU scheuen sich davor, die Mitverursacher der Überbürokratisierung zu benennen – obwohl sie bei Fachanhörungen im Ausschuss für Bürokratieabbau regelmäßig gesagt bekommen, dass sie selbst die Verantwortlichen für die überflüssige Regulierungsorgie sind. Und Mitverursacher ist natürlich auch das Europäische Parlament. Der Hauptakteur bei der Regulierungswut

aber ist der Bund, die Regierung in Berlin, die jede neue Richtlinie aus Brüssel in einer Mischung aus Wahn, Misstrauen und Selbstüberschätzung noch zusätzlich komplizierter macht und ihr regelmäßig den eigenen schädlichen Stempel aufdrückt.

### Der nervende Bestschüler

Diese international als besonders deutsch zu identifizierende Krankheit nennt man Gold-Berandung oder Gold-Plating. Da wird jeder einfache weiße Teller aus Brüssel – sei es eine Verordnung oder eine Richtlinie, die meist empfehlenden Charakter haben – auf das Ehrgeizigste ausgeschmückt und erweitert und auf diese Weise unendlich drückender gemacht. Ja, wir müssen es unterstreichen: Brüssel schickt uns Richtlinien. Die werden in Berlin, im Bundestag und im Bundesrat, zu einem Fetisch aus Paragraphen, Ziffern und Selbstbezügen aufgeblasen, ohne dass es eine Notwendigkeit dafür gäbe.

Auf der Europaministerkonferenz am 30. April dieses Jahres haben die Länderminister beschlossen, dass die Landesverwaltungen europafähig werden sollen. Was für ein Unfug! Für den Bürokratieabbau müssen die deutschen Länder nicht europafähig sein, sondern – im Gegenteil – zur EU-Kritik befähigt werden.

Daher fügte die AfD-Landtagsfraktion in einem eigenen Antrag den wirkungslosen Forderungen der Regierungsfrakti-

onen von SPD und CDU ein paar Punkte hinzu, die dem Anliegen Bürokratieabbau erst Gewicht verleihen würden (Druck-



sache 8/2996). Wir wollen unter anderem den Einfluss der föderalen Ebene erhalten, den die EU-Kommission bedroht. Dieser Einfluss kann und muss gegen Überregulierung geltend gemacht werden. Die EU darf auch hierzulande nicht der Maßstab für alles sein.

Wir wollen Sonderwirtschaftszonen errichten. Brandenburg soll praktisch zeigen können, dass es, bezogen auf die überflüssigen Regelungen, deutscher Entwürfelungsmeister werden kann. An überflüssigen Vorschriften müssen wir uns abarbeiten und deutscher Meister in vertrauensbildenden Maßnahmen gegenüber den überlasteten Unternehmen werden. Natürlich haben die Regierungsfaktionen unseren Vorschlägen nicht zugestimmt. Das zeigt einmal mehr, dass es mit ihnen nur ein elendes »Weiter so« geben kann. ■

Die gesetzliche Krankenversicherung steuert auf ein Rekorddefizit zu. Bis zu 19 Milliarden Euro fehlen den Krankenkassen – über drei Milliarden Euro mehr, als bislang eingeräumt wurde. Doch anstatt die Ursachen zu beseitigen, wollen Bund und Länder erneut die Bürger zur Kasse bitten – zusätzlich zur Inflation, zu teuren Spritpreisen und hohen Lebenshaltungskosten.

Krankenkassen sind künftig nicht mehr verpflichtet, den Versicherten Beitragserhöhungen anzukündigen – ein massiver Eingriff in den Verbraucherschutz!

Im Bundesrat setzte sich die rot-schwarze Landesregierung halbherzig für Krankenhäuser, Ärzte, Apotheken, aber lautstark für die Pharmaindustrie ein. Doch wo kämpft diese Regierung für die Beitragszahler? Nirgends. Sie unterstützt sogar die

Getränke, die 650 Millionen Euro einbringen soll – so die kurzfristig zurückgestellten Pläne der Regierung.

Auch die Landesregierung geht mit dem Geld der Versicherten sorglos um. Über den Krankenhausstrukturfonds werden mehr als 30 Millionen Euro aus Beitragsgeldern eingesetzt, um über 230 Krankenhausbetten abzubauen. Die Versicherten bezahlen also nicht nur immer



© Achim Wagner, adobe stock

Die AfD-Fraktion hat im Brandenburger Landtag klar Stellung bezogen: Wir wollen, dass die Krankenversicherten bei dieser Reform verschont bleiben (Drucksache 8/2940). Deswegen haben wir die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat den Vermittlungsausschuss anzurufen.



Die Versicherten zahlen schon heute Rekordbeiträge. Trotzdem sollen die Zahlungen kräftig steigen: von fünf auf 7,50 Euro bzw. von zehn auf 15 Euro; die Festzuschüsse für Zahnersatz sinken. Die Familienmitversicherung wird – bis auf wenige Ausnahmen – abgeschafft, die Beitragsbemessungsgrenze außerplanmäßig angehoben. Besonders dreist:

Mehrbelastung für die Versicherten! Das ist empörend.

Dabei sind die Gründe für die Finanzmisere längst bekannt: Immer mehr versicherungsfremde Leistungen werden über die gesetzliche Krankenversicherung finanziert, etwa die Gesundheitskosten der Grundsicherungsempfänger. Die Bundeszuschüsse decken nur etwa ein Drittel der tatsächlichen Kosten. Den Hauptanteil zahlen die Beitragszahler – jedes Jahr bis zu 14 Milliarden Euro. Weil mehr als die Hälfte der Grundsicherungsempfänger einen Migrationshintergrund haben, finanzieren die Versicherten die desaströse Migrationspolitik der Altparteien gleich mit! Die AfD-Fraktion fordert deshalb seit Jahren, diese Kosten vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren und die Migration in unsere Sozialsysteme konsequent zu unterbinden.

### Sorgloser Umgang mit Geld

Doch anstatt die Bundeszuschüsse an die GKV zu erhöhen, kürzt der Bund sie sogar! Gegenfinanziert werden soll das durch eine neue Steuer auf zuckergesüßte

höhere Beiträge – sie finanzieren sogar die Verschlechterung ihrer medizinischen Versorgung.

Hinzu kommen hohe Arzneimittelpreise im weltweiten Vergleich: Die Pro-Kopf-Ausgaben für Medikamente lagen 2025 in Deutschland bei 721 Euro, in Dänemark nur bei 266 Euro. Bundesregierung und Länder verteidigen die Interessen der Pharmakonzerne, anstatt die Versicherten zu entlasten. Die AfD-Fraktion sagt klar: Wirtschaftsförderung ist Aufgabe des Staates, nicht der Versicherten!

Unsere Fraktion schlägt konkrete Reformen vor: Versicherungsfremde Leistungen müssen vollständig aus Steuern finanziert werden, Bürokratie muss konsequent abgebaut werden. Wir fordern das Absenken der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf sieben Prozent. Allein diese Maßnahmen könnten die gesetzliche Krankenkasse jährlich um eine hohe zweistellige Milliardensumme entlasten. Für die AfD-Fraktion ist klar: Die Beitragszahler leisten heute schon mehr als genug. Die Krankenversicherung braucht eine Reform – aber eine Reform zugunsten der Beitragszahler und ihrer Familien. ■



# ZURÜCK ZUR NORMALITÄT BEIM STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT

© MichaelAntonKraus, adobe stock

Wenn man sich die Migrationspolitik im Land Brandenburg und in ganz Deutschland nüchtern anschaut, könnte man zu dem Schluss kommen, dass die Regierenden die Zerstörung Deutschlands aus dem Inneren heraus beabsichtigen. Die von ihr trotz illegaler Einreise ins Land gelassenen Ausländer sind überproportional häufig kriminell. Sie kosten uns mindestens 30 Milliarden Euro pro Jahr. Damit der Bevölkerungsaustausch – um mal mit Bundesministerin Bärbel Bas zu sprechen – möglichst unumkehrbar wird, wird die deutsche Staatsangehörigkeit offenbar großzügig verteilt.

## Kriminelle wurden eingebürgert

Zum Glück gibt es aber noch die AfD-Fraktion. Und ich verspreche: Wir werden den Altparteien das nicht durchgehen lassen! Was überall in der Welt als Akt gegen das eigene Volk verstanden würde, soll hier etwas Gutes, etwas Moralisches sein? Das Gegenteil ist der Fall. In der Realität neigen 45 Prozent der Muslime in Deutschland unter 40 Jahren zum Islamismus. Ein großer Teil dieser Leute hat einen deutschen Pass. Und erschwerend kommt hinzu, dass ein Großteil der Eingebürgerten ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit behalten kann und damit eine Doppel- oder sogar Mehrfachstaatsangehörigkeit erhält.

Wenn die AfD-Fraktion nach den Vornamen der angeblich deutschen Kriminellen fragt, erweist sich regelmäßig, wie viele Kriminelle in den vergangenen Jahren

eingebürgert worden sind. In der blinden Ablehnung von allem, was deutsch ist, werden die immer gleichen Märchen bezüglich der Einbürgerung von Ausländern erzählt. Dass ein Ausländer Deutsch beherrschen muss, um eingebürgert zu werden, wie es der ehemalige Innenminister René Wilke im Landtag einmal behauptete, wurde sogar von allerhöchster Stelle als Unwahrheit entlarvt. Sein eigener Parteifreund, der ehemalige Kanzler Olaf Scholz, hatte vor laufenden Kameras ei-

erfolgen. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt soll auf die Kinder beschränkt werden, die mindestens ein deutsches Elternteil haben. So war die Rechtslage vor der damaligen Bundesregierung aus SPD und Grünen im Jahr 2000. Die Einbürgerung von syrischen Asylantragstellern soll umgehend ausgesetzt werden. Diese Leute haben in Deutschland kein Bleiberecht. Sie werden in ihrem Heimatland mehr denn je gebraucht. Niemand käme auf den Gedanken, Touristen einen deutschen Pass zu geben. Warum sollte man also illegal eingereisten Asylantragstellern einen geben?



Lena Kotré

Innen- und remigrationspolitische Sprecherin

ner Türkin persönlich den deutschen Pass ausgehändigt. Doch die Dame sprach kein Wort Deutsch. Sie konnte sich noch nicht einmal dafür bedanken.

Nur die AfD-Fraktion versucht im Potsdamer Landtag, unsere Staatsangehörigkeit vor der vollständigen Entwertung zu retten (Drucksache 8/2938). Wir fordern, die Anspruchseinbürgerung zu streichen und durch eine an unseren Interessen ausgerichtete Ermessenseinbürgerung zu ersetzen. Diese darf frühestens nach zwölf Jahren legalen Aufenthalts in Deutschland

## Keine Belohnung für Rechtsbrecher

Jede rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung wegen eines Vorsatzdeliktes muss wieder ein Ausschlussgrund für eine Einbürgerung sein. Das Einbürgerungsrecht, wie es heute angewendet wird, fördert Parallelgesellschaften. Wir wollen diese wieder auflösen. Nach einer illegalen Einreise darf keine Einbürgerung möglich sein. Rechtsbrecher gehören ins Gefängnis und dürfen nicht noch belohnt werden.

Zwar hat die Landtagsmehrheit unseren Antrag abgelehnt und etwas anderes war auch nicht von ihr zu erwarten. Die AfD-Fraktion aber bleibt dabei: Wir wollen genau das erreichen, was überall in der Welt und vor gar nicht allzu langer Zeit auch bei uns in Deutschland völlig normal gewesen ist: dass wir auswählen können, wer die deutsche Staatsangehörigkeit erhält und wer nicht. ■



© Jan, adobe stock

Nichts beschäftigt die Bürger derzeit so sehr wie die immer noch ansteigenden Spritpreise. Diese Lage belastet Bürger wie Industrie gleichermaßen. Besonders im Pendlerland Brandenburg trifft es viele Menschen äußerst hart. Tankrechnungen von 150 Euro und höher sind keine Seltenheit. Logistik und Transportwirtschaft, so es denn nachträglich möglich ist, legen ihre zusätzlichen Kosten natürlich auf ihre Kunden um, was sämtliche Produkte für den Bürger extrem verteuert.

Diese Preisentwicklung ist völlig unbegründet. Denn weder die Sanktionen gegen Russland noch der Irankrieg haben zu einer Verknappung oder einer Preisexplosion bei Rohöl geführt. Die Ölpreise schwanken zwischen 70 und 100 US-Dollar je Barrel. An den Tankstellen jedoch eilen die Preise von Rekord zu Rekord.

Die Rohölpreise sind also gar nicht so exorbitant gestiegen. Es zeigt sich – und selbst der ADAC hat es mehrfach öffentlich erklärt –, dass die Spritpreise sich längst von den Ölpreisen entkoppelt haben.

In einer Marktwirtschaft, wo sich der Preis über Angebot und Nachfrage regelt, dürfte in einer solchen Lage der Preis eigentlich allenfalls maßvoll steigen. Während aber das Geld des Steuerzahlers in Wohlfühl-Projekte wie das Deutschlandticket fließt, das viele gar nicht nutzen können, mussten die Autopendler die Mehrkosten selbst stemmen.

Die Krise der unbezahlbaren Benzinpreise ist da. Nicht erst seit heute. Kostete

der Liter Diesel 2007 noch durchschnittlich 1,17 Euro, so waren es im laufenden Sommer 2,23 Euro. Verantwortlich dafür ist die Steuer- und Abgabenlast, die von den herrschenden Parteien verhängt worden ist. Zum einen sollen die Bürger zur »alternativen Energie« gezwungen und Kritiker gemäßregelt werden, als wären es unmündige Kinder.

Zum anderen haben wir Mitnahmeeffekte der Mineralölkonzerne in Form einer völlig überzogenen Preisforderung, der von Regierungsseite keinerlei Riegel vorgeschoben wird. Stattdessen aber schauen viele Brandenburger neidisch nach Polen. Dort sorgt der Staat dafür, dass die Spritpreise bezahlbar bleiben und auf jeden Fall deutlich unter dem deutschen Niveau liegen. Sogar verhältnismäßig ärmere Länder wie Kroatien schaffen es, einen effektiven Preisdeckel gesetzlich in die Tat umzusetzen.

Halbherzige Maßnahmen der Bundesregierung lösen das Problem nicht. Ihre Wirkung ist, wenn es überhaupt eine gibt, viel zu gering. Eine Übergewinnsteuer würde zu keiner Normalisierung der Spritpreise führen, denn diese wird ja erst erhoben, nachdem der Bürger schon zur Kasse gebeten worden ist. Das spielt also nur der unsinnigen Steuerpolitik in die Hände. Eine konsequente Deckelung der Tankstellenpreise von staatlicher Seite wäre eine sinnvolle Initiative, um den Benzinpreis wieder auf 1,20 Euro pro Liter zu drücken. Wie sehr der Markt aus dem Gleichgewicht geraten ist, zeigt eine Berechnung von Frontier Economics: Ohne Steuern



Peter Drenke

Verbraucherpolitischer  
Sprecher

und Regulierungen hätten wir heute einen Dieselpreis von nur 95 Cent pro Liter.

Und wie verhält sich die Landesregierung in dieser für die Brandenburger äußerst schwierigen Lage? Ständig spricht sie von einer »spürbaren Entlastung«. Aber in Wirklichkeit tut sie nichts, weil kein Interesse daran besteht, echte, wirkliche Entlastungen zu schaffen.

Hierauf gibt es offenbar nur eine Antwort und das ist die der AfD-Fraktion! Es ist Zeit, dass klare Taten folgen. Deshalb fordern wir zum einen die Absenkung der Energiesteuer auf europäisches Mindestmaß, ferner die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und die Senkung der Kraftstoff-Mehrwertsteuer auf sieben Prozent. Zum anderen muss der Staat den Höchstpreis für Sprit ermitteln und festlegen (Drucksachen 8/2531 und 8/3394). Schließlich gilt es, die Pendlerpauschale auf mindestens 50 Cent pro Kilometer zu erhöhen (Drucksache 8/3394). Das Autobetanken darf kein Luxus werden, den sich die meisten Menschen nicht mehr leisten können. ■



© Ludwig Wilhelm Wall, CC BY-SA 3.0

**M**an kann es nicht oft genug betonen: Künstliche Intelligenz (KI) ist ein wichtiges Thema für die Politik. Europa hängt im internationalen Vergleich auf dem Gebiet der KI-Forschung weit zurück; wir sind abhängig von den USA. Und inzwischen liegt es auf der Hand: Diese Abhängigkeit schadet Europa, sie schadet Deutschland, sie schadet damit auch Brandenburg. Es ist also klar, wir müssen unsere KI-Forschung stärken, auch hier in unserem Bundesland.



**Dr. Dominik Kaufner**  
Sprecher für Forschung  
und Wissenschaft

Deshalb unterstützt die AfD-Fraktion das Vorhaben der Landesregierung, die Zusammenarbeit zwischen der Universität Potsdam und dem Hasso-Plattner-Institut (HPI) auszubauen. Das Gesetz, das dies ermöglichen soll – das Gesetz zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Brandenburgischen Hochschulsystems – birgt jedoch erhebliche Risiken.

Seit 2017 betreibt die Universität Potsdam eine gemeinsame Fakultät mit dem HPI, die Digital Engineering Fakultät. Um diese weiter zu stärken, sieht das neue Gesetz vor, dass für Fachbereiche, in denen

staatliche Hochschulen mit privaten Forschungseinrichtungen kooperieren und die ausschließlich durch die private Seite finanziert werden, zukünftig besondere Regeln gelten. Sie sollen zuständig sein für den Erlass einer eigenen Berufsordnung, für Entscheidungen in grundsätzlichen Fragen der Lehre, der Forschung, des Studiums und der Prüfungen sowie für die Personalplanung. Der Dekan erhält die Zuständigkeit für die Berufung der Hochschullehrer, die Aufstellung des Haushaltes, die Einrichtung und Aufhebung von Studiengängen – um hier nur die wesentlichen Punkte zu nennen. Es wird gewissermaßen eine Universität in der Universität geschaffen.

### Landesinteresse muss maßgebend bleiben

Ist der zu erwartende Zuwachs an Forschungsergebnissen diesen Preis wert? Wir meinen: im Fall der Digital Engineering Fakultät ja. Jedoch: Der neue Paragraph 80a des Hochschulgesetzes wird für jede formal gleiche Kooperation einer Brandenburger Hochschule mit einem externen Geldgeber gelten. Wir wissen heute aber nicht, welche privaten Forschungseinrichtungen künftig an die Türen der Präsidenten unserer Universitäten klopfen und ihre mit viel Geld unterlegten Planungen präsentieren werden.

Was aber, wenn da nicht ein seriöses, heimisches, lange bekanntes Institut eine Zusammenarbeit anbietet, sondern – sagen wir – eine amerikanische Stiftung, die neue

Impfstoffe erforscht und anschließend zu Geld machen will? Das wäre nicht im Landesinteresse, das wollen wir von der AfD-Fraktion nicht, und wir wollen im Übrigen auch nicht, dass öffentlich-private Fakultäten zum Normalfall in unserer Hochschullandschaft werden.

### Dem Parlament das letzte Wort

Deswegen hat die AfD-Fraktion im Landtag einen Änderungsantrag vorgelegt, der zwei Sicherungsmechanismen enthält (Drucksache 8/2997). Erstens forderten wir, dass derartige Fakultäten anders als herkömmliche Fachbereiche der Hochschulen nicht lediglich vom Ministerium, sondern vom Parlament genehmigt werden müssen. Damit müssten die Befürworter der Kooperation ihre Gründe öffentlich darlegen und sich der öffentlichen Debatte stellen. Es wäre nicht möglich, die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen zu stellen. Das würde einen Missbrauch der Neuregelung zum Nachteil des Landes Brandenburg verhindern. Zweitens wollten wir verbindlich festschreiben, dass neue Fachbereiche dieser Art regelmäßig vom Landeshochschulrat, dem externen Beratungsgremium der Landesregierung für das Hochschulwesen, evaluiert werden. Dadurch könnten Fehlentwicklungen frühzeitig festgestellt und schnell die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Beide Vorschläge wurden von der Regierungsmehrheit im Landtag abgelehnt. Sie waren anscheinend zu vernünftig, als dass sie ihnen hätte zustimmen können. ■



# NICHT LEICHTFERTIG AUF ERFAHRUNG VERZICHTEN

© EWS&ART, adobe stock

**M**an kann es nicht oft genug sagen: Wenn wir den Feuerwehrkameraden für ihren Einsatz ehrlich danken wollen, dann muss auch etwas Substanzielles für sie herauskommen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Brand- und Katastrophenschutz ist im Großen und Ganzen in Ordnung, obwohl er viele Punkte enthält, über die wir noch diskutieren müssen. Noch bürokratischer darf es jedenfalls nicht werden.

Grundsätzlich ist die Stärkung des Ehrenamts richtig, denn das Rettungssystem in Deutschland basiert zu großen Teilen auf Ehrenamtlichkeit. Alle bekennen sich erfreulicherweise dazu, dass wir mit der Zeit gehen und innovativ sein sollten, auch beim Thema Feuerwehr. Deswegen stellte die AfD-Fraktion einen Antrag auf einen Zweckverband für die Anschaffung von Löschflugzeugen (Drucksache 8/2946). Es wäre an sich nicht unvermeidbar gewesen, dass in Jüterbog 153 Hektar Wald abbrannten. Es ist aber in der Realität nicht zu vermeiden gewesen, weil kein Geld mehr da ist für das Löschen aus der Luft. Denn Fahrzeuge können auf dem munitionsbelasteten Gelände nun einmal nicht fahren. Bei uns sind nicht nur Jüterbog, sondern auch die Lieberoser Heide und einige Gebiete gerade um Berlin herum extrem munitionsbelastet.

Tatsächlich demotiviert es unsere Kameraden, wenn sie zusehen müssen, wie große Flächen abbrennen. Dafür sind sie nicht in die Freiwillige Feuerwehr eingetreten, dafür trainieren sie nicht regelmäßig, wie

**Daniel Freiherr  
von Lützow**

Sprecher für Brand- und  
Katastrophenschutz



es vorgeschrieben ist. Sie trainieren dafür, Brände zu löschen. Und wenn wir Gesetze erlassen, müssen wir darauf hinwirken, dass sie wirklich einfach anwendbar sind – auch für den einfachen Feuerwehrmann da draußen. Er muss wissen, was er zu tun hat und was für ihn gilt.

Wir müssen unseren Rettern die Möglichkeit geben, vernünftig, effektiv und schnellstmöglich zu löschen – eben auch mithilfe eines Löschflugzeugs oder einer großen Löschdrohne. Ja, ob man Drohnen entsprechend umrüsten kann, darüber haben wir mit Vertretern des Konzerns Airbus gesprochen. Bemerkenswerterweise hat Airbus Interesse, so etwas zu entwickeln; vielleicht können wir in Brandenburg ein Pilotprojekt mit Airbus durchführen und uns auf diesem Wege etwas kostengünstiger ein solches Gerät beschaffen!

## Mitspracherecht für die Fachleute

Ein weiteres Problem: Derzeit sind es die Bürgermeister, die beim Brandschutz den Hut aufhaben. Leider haben sie oft

wenig Ahnung davon. Bei der Wahl der Brandschutz-Führungskräfte sollten die Kameraden von der Feuerwehr daher ein Mitspracherecht bekommen, damit nicht eine wenig kompetente, praxisun- erfahrene Amtsperson mit unzweckmäßigen Entscheidungen die Wehren gegen sich aufbringt oder – im schlimmsten Fall – es dazu kommt, dass Ortswehrführer zurücktreten. Auf diese Weise würde viel Erfahrung verloren gehen und die Retter müssten auf Führungserfahrung verzichten.

## Fotorechte klären

Schließlich müssen wir im Gesetz auch den Umgang mit den Bildaufnahmen und der Speicherung von Daten klären. Denn Aufnahmen werden manchmal auch bei unübersichtlichen Lagen gemacht – nicht bloß in Wäldern. Ich glaube, den Fuchs interessiert es nicht, ob wir ihn fotografieren; es geht da um Ortslagen, wo es eine ganz andere Frage ist.

Ja, es gibt noch Diskussionsbedarf, viel Diskussionsbedarf, gerade zu kleineren Regelungen, die aber für die Feuerwehrleute, die Menschen retten müssen, relevant sind. Wenn wir die Fachleute dazu anhören, dann hoffentlich nicht bloß Leute, die »oben« im Städte- und Gemeindebund sitzen, oder die Kreisbrandmeister. Reden müssen wir mit den Anwendern »unten«: mit Ortswehrführern, die die Gesetze, die wir im Landtag erlassen, tagtäglich anwenden müssen. ■

Man kann es nur unterstreichen: Öffentliche Sicherheit und Ordnung sind keine Nebensachen und keine Kleinigkeiten. Es handelt sich um eine Kernaufgabe des Staates. Wer wie ich als Polizeibeamter jeden Tag im Einsatz erlebt hat, wie schnell polizeiliche Lagen, Einsatzlagen ins Bedrohliche kippen können, der weiß: Sicherheit entsteht nicht durch

bei der Parkraumbewirtschaftung und bei Geschwindigkeitskontrollen 1,8 Millionen Euro an Bußgeldern eintreiben konnte. Eine solche Darstellung führt mindestens zu Missverständnissen und stellt die Polizei und die Ordnungsämter als reine Knöllchen-Verteiler und Abzock-Behörden hin. Das sind sie aber nicht. Ich finde, durch solche Äußerungen, wie oben er-

Beamten, anstatt sie zu unterstützen. Zunächst müssten die entsprechenden finanziellen Mittel im Haushalt ausgewiesen und Anreize geschaffen werden.

Um aktuell hier mindestens punktuell Ersatz zu schaffen, hat die AfD-Fraktion im Landtag den Vorschlag unterbreitet, den Aufbau von Stadtpolizeien zu ermöglichen (Drucksache 8/2529). Frankfurt



© imageBROKER/Jochen Eckel, alamy

einen ausufernden Schriftverkehr. Öffentliche Sicherheit und Ordnung setzen entschlossenes staatliches Handeln voraus. Ganz wesentlich dabei: Die politischen

wähnt, werden die Mitarbeiter in ein schlechtes Licht gerückt. Die AfD-Fraktion hingegen will die Ordnungsämter aufwerten und zur Stadtpolizei machen.

Wenn die Landesregierung eine Modellregion Oranienburg einführen will mit dem Ziel, ein Kompetenzzentrum für die Kampfmittelbeseitigung aufzubauen, dann findet das unsere Unterstützung. Zum Plan der Videoüberwachung durch KI-unterstützte Systeme haben wir aber Fragen. Mehr Videoüberwachung bedeutet eben auch, dass geschultes Personal hinter der Kamera die Auswertung vornehmen muss.

Der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Das haben CDU und SPD mit ihrem Vorstoß zur Gesetzesänderung zwar endlich grundsätzlich erkannt. Mehr Polizeibeamte sind derzeit aber nicht so einfach zu bekommen. Es ist ein Wunschtraum, zu glauben, die jetzige Landesregierung würde es schaffen, die Stärke der Polizei in den nächsten Jahren auf 9000 Beamte aufstocken. Zum einen wäre die Zahl auch dann noch zu gering: Die AfD-Fraktion tritt für 9500 Beamte ein. Zum anderen vergault die Landesregierung die

(Oder) und die kreisfreien Städte Potsdam, Cottbus und Brandenburg an der Havel sollten Modellregionen werden. Weil ein Mehr an Polizisten im Dienst derzeit aufgrund der politischen Verhältnisse kaum machbar ist, müssen die Ordnungsämter weiterentwickelt werden. Andere Möglichkeiten sehen wir als AfD-Fraktion nicht. Unsere Kommunen brauchen mehr Klarheit, unsere Ordnungsbehörden brauchen mehr Rechtssicherheit, und die Bürger in Brandenburg brauchen wirksame Maßnahmen. Unser Antrag wurde leider abgelehnt. Dennoch empfehlen wir dem Innenminister Dr. Redmann, sich einmal das Flugblatt der Stadtpolizei Frankfurt am Main anzuschauen. Wäre das nicht ein gangbarer Weg?

Sicherheit darf nicht privatisiert werden – in diesem Bereich müssen wir eine Zweiklassengesellschaft verhindern. Wir sehen gerade im Gesundheitswesen, wohin das führt. Bevor die Entscheidung über das neue Polizeigesetz fällt, sollte eine umfassende Anhörung im Innenausschuss stattfinden – unter anderem mit Leitern respektive Führungskräften der Ordnungsbehörden. ■



Wilko Möller

Sicherheitspolitischer  
Sprecher

Entscheidungssträger müssen hinter den Mitarbeitern von Polizei und Ordnungsämtern stehen. Wir schulden den Polizisten und den Mitarbeitern der Ordnungsämter Dank – das sage ich ohne Wenn und Aber.

Das Verhältnis zwischen Polizei und Brandenburgern wird aber getrübt, wenn – ich zitiere den CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) – er sich darüber freut, dass er über die Ordnungsämter



© IBLEHO, adobe stock

**J**uli 2023: Eine Kita in Hannover kündigt wie selbstverständlich an, Räumlichkeiten für sexuelle Spiele für die betreuten Kinder einzurichten. An einer Görplitzer Oberschule wird 12- bis 13-jährigen Kindern im Rahmen eines Präventionsworkshops ein detaillierter Leitfaden zum Analverkehr ausgehändigt. Mitte März 2026: Im sächsischen Schleife werden 14- bis 15-jährige Oberschüler mit Hardcore-Schwulen-Pornomaterial konfrontiert. Mai 2026: An einem Gymnasium im nordrhein-westfälischen Kevelaer erhalten 13-jährige Kinder während des Unterrichts den Arbeitsauftrag, einen »Puff für alle« zu konzipieren.

Brandenburg bleibt leider nicht verschont. Ende April 2026: An einem Gymnasium in Neuenhagen gibt ein Frauenkleider tragender Musiklehrer Schülern der 8. und 9. Klasse den Arbeitsauftrag, einen Rapsong zu analysieren, der von Obszönität nur so trieft. Eine Textzeile: »Zwischen den Beinen deiner Mutter riecht es wie in einem Käsegeschäft.«

Zurück blieben verstörte Kinder und Eltern, die die Welt nicht mehr verstehen. Der sogenannte Musiklehrer darf übrigens weiterhin unterrichten. Hier muss die Frage erlaubt sein: Was, um Himmels willen, ist eigentlich in den Kindergärten und Schulen dieses Landes los?

Wer jetzt beschwichtigt und behauptet, es sei doch alles nicht so schlimm, das seien nur Ausrutscher gewesen, bedauerliche Einzelfälle, dem sage ich: Das waren keine Ausrutscher. Das ist das konsequente



Volker Nothing

Sprecher Kinder- und Jugendpolitik

Ergebnis der heute so gepriesenen »Sexualpädagogik der Vielfalt«, einer Sexualpädagogik, die mittlerweile sämtliche Kita-Konzeptionen und auch die Lehrpläne unserer Schulen durchdringt. Sie fußt auf den kranken Ideen eines kranken Mannes namens Helmut Kentler. Sein besonderes Interesse galt dabei ausdrücklich der »sexuellen Befreiung« von Kindern. Über Jahrzehnte hinweg trat er in schockierender Offenheit für die Enttabuisierung der Pädophilie ein und vermittelte behinderte und obdachlose Minderjährige ganz

gezielt an verurteilte Pädokriminelle. Als nach seinem Tod 2008 bekannt wurde, dass er sich selbst an Kindern vergangen hatte, konnte das kaum jemanden überraschen.

Die »Sexualpädagogik der Vielfalt« hat nicht das Geringste mit Sexualaufklärung im klassischen Sinn zu tun! Tatsache ist aber, dass Erzieher, Lehrer oder fremde Personen aus irgendwelchen steuergeldfinanzierten NGOs an Kindergärten und Schulen unterwegs sind und übergriffige Inhalte verbreiten, die der Ideenwelt eines Päderasten entstammen.

Diese sogenannte Bildung vollzieht sich oftmals ohne das Wissen der Eltern. Ist das wirklich »die beste Missbrauchsprävention«? Nein, im Gegenteil. Das Verwickeln von Kindern in Gespräche, das Enttabuisieren und Normalisieren von sexualisierten Worten und Handlungen sind eine wesentliche Strategie von Pädophilen, um sich Kindern zu nähern und deren Vertrauen zu erschleichen. Darüber hinaus fördert dieses Verständnis von Missbrauchsprävention auch sexuelle Übergriffe unter den Kindern selbst.

Die AfD-Fraktion sagt: Es braucht keine steuergeldfinanzierten Gender-Aktivistinnen mit ihren wirren Ansichten und übergriffigen Angeboten, die das Ganze auch noch als Bildung verkaufen (Drucksache 8/2894). Diese Sexualpädagogik hat in Kindergärten und Schulen nichts zu suchen und muss daher restlos entfernt werden. Was es stattdessen braucht, ist eine Stärkung des Mitspracherechts der Eltern, ein sexualpädagogisches Konzept und eine Missbrauchsprävention, die die natürlichen Schamgrenzen der Kinder wahrt und von unbelasteten, renommierten Fachleuten ausgearbeitet wurde. Das sind wir unseren Kindern schuldig. ■



## UNSERE PERSPEKTIVREGION

Heimatpolitisches Positionspapier zur Lausitz der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Strukturwandel und Bevölkerungsrückgang treffen die Lausitz wie keine zweite Region in Brandenburg. Es gibt viel zu tun, um dort die Voraussetzungen für eine gute Zukunft zu schaffen. Die Broschüre der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg stellt die dafür notwendigen Maßnahmen vor.

Beziehen Sie unsere Broschüren **kostenfrei** über [afd-fraktion-brandenburg.de/broschueren](https://afd-fraktion-brandenburg.de/broschueren)



## Heilmittelberufe:

# REGIERUNG STIEHLT SICH AUS DER VERANTWORTUNG

© Photographie.eu, adobe stock

Die Versorgung mit Heilmitteln im Land Brandenburg gerät zunehmend in eine strukturelle Schieflage. Lange Wartezeiten auf Therapieplätze, besonders im ländlichen Raum, sind für viele Patienten inzwischen zur Normalität geworden. Gleichzeitig kämpfen die Heilmittelberufe mit schlechter Vergütung, hohem Bürokratieaufwand und Nachwuchsmangel. Zusammen mit meiner Abgeordnetenkollegin Dr. Daniela Oeynhausen habe ich mit einer Kleinen Anfrage (Drucksache 8/2788) Licht ins Dunkel gebracht. Die Antwort der Landesregierung fällt ernüchternd aus.

### Abwarten und aussitzen

Statt sich zu den drängenden Problemen zu positionieren, verweist die Regierung bei der Kritik an der neuen Heilmittelverordnung und den geplanten Einschnitten durch die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf den Gemeinsamen Bundesausschuss oder den laufenden Gesetzgebungsprozess. Ein Preisdeckel für Heilmittelvergütungen, die mögliche Rückkehr zur Grundlohnsummenbindung und die drohende Entwertung der Blankoverordnung – alles wird abgewartet und ausgesessen. Dabei hatte die Landesregierung selbst die Blankoverordnung als Grund für eine vermeintlich gute Vergütungsentwicklung genannt. Sich nun zu deren drohender Aushöhlung nicht äußern zu wollen, wirkt besonders zynisch.

Nicht hinnehmbar ist, dass sich die Landesregierung weigert, bestehende

öffentliche Kritik an der Heilmittelverordnung und den GKV-Reformplänen auch nur zu bewerten. Die AfD-Fraktion ist da unmissverständlich: Wer hier keine Position bezieht, zeigt kein echtes Interesse an der flächendeckenden Versorgung.

Besonders deutlich wird die Realitätsferne der Regierung beim Thema Fristen für den Behandlungsbeginn. Da ich selbst im Heilmittelbereich tätig bin, weiß ich aus Erfahrung: Die gesetzliche Frist von



**Erik Pardeik**

Stellv. Mitglied des Gesundheitsausschusses

28 Tagen bis zum Behandlungsbeginn ist in der Realität nicht einhaltbar.

Enorm verschärft wird die Lage durch die demografische Entwicklung. Während immer mehr ältere Menschen auf therapeutische Leistungen angewiesen sind, fehlt der berufliche Nachwuchs. Schlechte Bezahlung, hohe Eigeninvestitionen in Fortbildungen und wenig attraktive Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass sich immer weniger junge Menschen für Physiotherapie, Ergotherapie oder Logopädie entscheiden. Die Bundesagentur für Arbeit sieht bereits Engpässe in Brandenburg.

Und was fällt der Landesregierung ein, um die Situation zu verbessern? Sie schlägt als einzige Maßnahme die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse vor. Das ist typisch: mehr Migration statt echter Verbesserungen für die Menschen hier vor Ort.

### Nötiges Verständnis nicht vorhanden

Die Darstellung der Landesregierung bezüglich einer angeblich guten Lohnentwicklung für die Beschäftigten im Heilmittelbereich hat rein gar nichts mit der Realität zu tun. Die Entlohnung liegt immer noch klar unter der anderer Gesundheitsberufe.

Auch beim Thema des dringend gebotenen Bürokratieabbaus bleibt die Regierung vage. Einzig positiv ist das Versprechen, bei künftigen Bundesreformen darauf achten zu wollen, dass Heil- und Hilfsmittel bei Verschreibungen angemessen berücksichtigt werden. Dieses Versprechen wird die AfD-Landtagsfraktion nicht vergessen und die Erfüllung genau im Auge behalten.

Es wurde deutlich: Die Landesregierung hat weder das nötige Verständnis noch ein Interesse daran, die reale Lage zu erfassen. Solange sie sich weiter hinter dem Bundesausschuss und den laufenden Verfahren versteckt, wird sich an den langen Wartezeiten und der schlechten Vergütung nichts ändern. Die AfD-Fraktion wird die Thematik weiterverfolgen und die Landesregierung an deren eigene Ankündigungen erinnern. ■



© Maurice Tricatelle, adobe stock

**M**an rettet den deutschen Wald ja nicht, indem man »O Tannenbaum« singt.« Dieses Wort des Naturschützers Horst Stern muss man der Landesregierung ins Stammbuch schreiben. Mit ihrer Änderung des Landesjagdgesetzes hat sie dem Land keinen guten Dienst erwiesen – auch wenn es richtig war, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Denn vor allem wird die Landesregierung mit dem veränderten Gesetz dem Anspruch auf eine Verbesserung des Waldzustandes nicht gerecht.

Die Lage in den Wäldern ist beunruhigend. Vom Waldumbau wird in Brandenburg seit Jahrzehnten geredet, aber er kommt nicht voran. Diese Landesregierung schafft es nicht, ihre selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Der Waldzustandsbericht zeichnet ein fatales Bild unserer brandenburgischen Wälder. Fast 40 Prozent der Bäume weisen deutliche Schäden auf. Bei Kiefern sind es 29 Prozent, bei Buchen 56 Prozent und bei Eichen sind drei Viertel aller Bäume geschädigt.

### Untaugliche Abschuss-Manie

Die »Schuldigen« für diesen Misserfolg sind schnell benannt: Rotwild, Damwild und Rehwild. Ja, wir wissen, dass diese Tierarten junge Bäume durch Verbisschäden in ihrer Entwicklung beeinträchtigen. Was ist die Lösung, die auch von dieser Landesregierung und von der aktuellen Koalition gefordert wird? Abschüsse, Abschüsse, Abschüsse. Mit verlängerten

Jagdzeiten fällt man in alte Muster zurück. Sie haben sich schon in der Vergangenheit als untauglich erwiesen. Dennoch setzt das beschlossene Gesetz wieder auf längere Bejagung, weniger Ruhe für wiederkäuende Schalenwildtiere, weniger Tiererschutz und weniger Hege.

### Scheitern beim Waldumbau

Warum aber wird man den Verbiss auf diese Weise nicht verringern, sondern sogar vermehren? Das hängt mit der Energiebilanz beim Rotwild zusammen. Von November bis März sind die Tiere gezwungen, Körperreserven zu mobilisieren. Wenn sie dann im Frühjahr den körpereigenen Kreislauf umstellen, dann heißt es: fressen, fressen und nochmals fressen. Sie können gar nicht anders. Dafür ist Ruhe nötig. Diese Ruhe ist nicht gegeben, wenn bereits Ende April die Jäger an der Waldwiese auf äsende Schmalrehe warten. Was dann passiert, liegt auf der Hand. Die Waldwiese wird gemieden, und die Tiere ziehen sich ins Dickicht der Wälder zurück. Dort warten dann verlockende Triebe von jungen Bäumen, die statt der Wiesenkräuter gefressen werden.

Wildbiologisch ist das totaler Unsinn. Für den Waldumbau ist das mehr als schädlich, und man muss sich nicht wundern, wenn im nächsten Waldzustandsbericht festgestellt wird, dass es mit dem Waldumbau hier in Brandenburg wieder nicht geklappt hat. Deshalb brauchen wir nicht längere, sondern kürzere Jagdzeiten.



Fabian Jank

Sprecher für Landwirtschaft,  
Forst und Jagdwesen

Das Scheitern beim Waldumbau liegt unter anderem darin begründet, dass die SPD-geführten Landesregierungen die Stellenzahl beim Landesbetrieb Forst im Zuge neoliberaler Reformen von 2300 im Jahr 2009 auf aktuell 1300 reduziert hat. Wie unter solchen Umständen der Wald bei gleichbleibender Waldfläche gepflegt werden soll, bleibt das Geheimnis der SPD.

Die AfD-Landtagsfraktion hat Änderungsanträge eingebracht, in denen unter anderem vorgesehen war, verkürzte Jagdzeiten bei Rehwild, Rotwild und Damwild einzuführen (Drucksachen 8/1370 und 7/3201). Das Ziel war eine Beruhigung der Wildtierbestände und damit die Stärkung von Wald und Wild. Weiterhin beantragten wir darin, das Prinzip der Abschussprämie als Mindestabschüsse abzuschaffen und Hegegemeinschaften dadurch zu stärken, dass man sie zu Körperschaften öffentlichen Rechts macht. Diese Vorschläge wurden durch SPD- und CDU-Fraktion abgelehnt, die brandenburgische Forstpolitik wiederholt die alten Fehler. ■

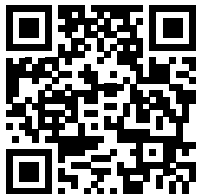
# Die **Lange Nacht des Parlaments** – ein voller Erfolg!

Der Fraktionsraum der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg war über mehrere Stunden hinweg ein Anlaufpunkt für zahlreiche Bürger, die sich vor Ort ein Bild von unserer Arbeit machen wollten.

Bei Erfrischungen und Popcorn kamen wir mit vielen Besuchern ins Gespräch. Dabei ging es unter anderem um unsere politischen Vorhaben, aktuelle Umfragewerte und verschiedene Themen, die die Menschen beschäftigen. Viele Fragen konnten wir direkt beantworten und unterschiedliche Sichtweisen im persönlichen Gespräch austauschen.

Vielen Dank an alle Besucher für das große Interesse und die zahlreichen Gespräche!

Videos von der Langen Nacht des Parlaments können Sie sich hier anschauen:



[www.youtube.com/shorts/1eu3gX\\_fxkM](https://www.youtube.com/shorts/1eu3gX_fxkM)

[www.facebook.com/reel/2012395116094557](https://www.facebook.com/reel/2012395116094557)



## Impressum



Vertreten durch  
Dr. Hans-Christoph Berndt,  
Fraktionsvorsitzender

Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

☎ 0331 966 1806

✉ [info@afd-fraktion.brandenburg.de](mailto:info@afd-fraktion.brandenburg.de)

📘 AfD-Fraktion Brandenburg

📌 [t.me/afdfraktionBB](https://t.me/afdfraktionBB)

📷 [afdfraktionbb](https://www.instagram.com/afdfraktionbb)

📺 AfD-Fraktion Brandenburg

✂ [AfD\\_FraktionBB](https://www.youtube.com/channel/UCFvXpYkXpYkXpYkXpYkXpYk)

🌐 [www.afd-fraktion-brandenburg.de](http://www.afd-fraktion-brandenburg.de)



# Unsere nächsten Veranstaltungen



**Termine können sich verschieben.  
Informieren Sie sich bitte immer  
zusätzlich auch online  
über unsere Veranstaltungen.**

**Per QR-Code  
oder unter:**

**[afd-fraktion-brandenburg.de/termine](https://afd-fraktion-brandenburg.de/termine)**

# So! geht Demokratie.

